

## **Stellungnahme des Aktivenvertreters der Burschenschaft Danubia anlässlich der Veröffentlichung des Knütter-Gutachtens am 14.05.2002**

Der bayerische Staatsminister des Innern hat gegenüber meinem Bund den Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit erhoben. Dieser Vorwurf wird hiermit von uns zurückgewiesen.

Kern der Anschuldigungen des Innenministeriums ist die Behauptung, wir hätten auf unserem Haus wiederholt Rechtsextremisten ein Forum geboten.

Die Burschenschaft Danubia ist ein Bund in dem besonderer Wert auf politische Arbeit gelegt wird. Auch wenn die Aktivitas einer Studentenverbindung naturgemäß von großer Heterogenität geprägt und einem schnellen Wechsel in der Mitgliedschaft unterworfen ist, so ist es meinem Bund doch über Jahre hinweg gelungen, Vortragsveranstaltungen mit gleichbleibend hoher Qualität zu organisieren. Dafür konnten wir in den letzten drei Jahren über 40 Referenten gewinnen.

So war auf unserem Haus etwa auch der Ehrenvorsitzende des Freien Deutschen Autorenverbandes Dr. Volkmar Zühlsdorff zu Gast. Dieser hat die Weimarer Republik in den 20er Jahren aktiv gegen Nazis und Kommunisten verteidigt. Später, im New Yorker Exil, war er unter der Präsidentschaft Siegmund Freuds und Thomas Manns Geschäftsführer der Deutschen Akademie der Künste und Wissenschaften. Als weitere Referenten der letzten Semester seien nur die algerisch-jüdische Publizistin Dr. Anat Kalman, der unter den Nazis als Jude verfolgte Journalist Gerhard Löwenthal, der Präsident der International Progress Organization Prof. Dr. Hans Köchler, der Vorsitzende der Bayerischen Benediktinerkongregation Abt Dr. Gregor Zasche und in früheren Jahren auch der österreichische Journalist Günther Nennung, der ehemalige Bundesbildungsminister Rainer Ortler und Prof. Dr. Ernst Nolte genannt.

Wenn Dr. Beckstein aus unserem von größter Pluralität geprägten Vortragsprogramm willkürlich einzelne Referenten herausgreift, um seine nicht haltbaren Wertungen zu rechtfertigen, ist dies weder stichhaltig noch besonders seriös.

Uns ist jedoch bewußt, daß unsere Arbeit Mißfallen an nicht unmaßgeblicher Stelle hervorgerufen hat. Wir hätten es uns daher leicht machen und wie gefordert unsere politische Bildungsarbeit einfach einstellen können. Statt dessen haben wir in den ungerechtfertigten Vorwürfen einen Ansporn gesehen, unsere Vorträge in gewohnter Qualität fortzusetzen.

Das Ergebnis sehen Sie am Programm unserer 19. Bogenhausener Gespräche, die im Februar mit über 100 Teilnehmern zum Thema: „Internationaler Terrorismus“ stattfanden und an unseren jüngsten Semesterprogrammen. Unsere Entscheidung, diesen Weg zu gehen, hat einen Grund: Eine ernst genommene Demokratie braucht einen freien Diskurs, sie bedarf der geistigen Freiheit. Ein freier Diskurs aber setzt Toleranz voraus, Toleranz fremde Positionen anzuhören und sich mit ihnen konstruktiv auseinanderzusetzen. Dies aber kann nur, wer selbst einen gefestigten Standpunkt hat. Wer den freien Diskurs aus parteitaktischen Gründen durch

Diskussionsverbote einschränken will, ist intellektuell schwach und handelt letztlich in obrigkeitsstaatlicher Tradition.

Wie ein Beitrag Roswin Finkenzellers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verdeutlicht, sind wir Danuben offenbar nicht die Einzigen, denen die Unduldsamkeit des bayerischen Innenministers auffällt. „Sollte künftig jemand den Ehrgeiz haben, sich in aller Verfassungsmäßigkeit politisch rechts zu betätigen, würde das“, schreibt Finkenzeller, „nicht als lächerlich, dilettantisch, hoffnungslos oder unzweckmäßig hingestellt, sondern als staatsfeindlich gebrandmarkt werden. Wehe dem, der das gleiche sagt wie Edmund Stoiber ... Becksteins Staatsschützer hätten keine Hemmungen, Neonazismus zu wittern.“ Finkenzeller schreibt weiter, Dr. Beckstein verdiene „für sein Lebenswerk manchen Beifall, nicht aber für seine Bestrebungen, die Demokratie mit den Interessen der CSU zu identifizieren.“ Deutlicher kann man es gar nicht ausdrücken.

Deshalb, eine Demokratie braucht den Mut junger Menschen, für einen freien Diskurs und ihren Standpunkt einzutreten und dafür gegebenenfalls auch Nachteile in Kauf zu nehmen. „Mut zum Eigenen!“ hat einer unserer Referenten, der Alt-68er Prof. Dr. Peter Furth im Jahre 1998 von uns gefordert. Dieser Mut ist Voraussetzung für eine gelebte Demokratie und diesen Mut wollen wir Danuben daher auch in Zukunft aufbringen.

Sascha Jung